

Warum „Die Zeit“ und die „Süddeutsche“?

Dr. rer. pol. Franz Knipping, Prodekan der Fakultät für Journalistik, beantwortet eine Frage, die im Bereich der Geowissenschaften gestellt wurde:

Warum hat Walter Ulbricht für den Zeitungsaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten als westdeutsche Presseorgane „Die Zeit“ und die „Süddeutsche Zeitung“ vorgeschlagen?

Ich möchte eine Gegenfrage stellen. Warum nicht „Die Welt“, die „Bildzeitung“ oder irgendein anderes Blatt des Springer-Konzerns? In dieser Frage steckt schon die Antwort. Weil der Springer-Konzern – nächst dem faschistischen Pressetrust vor 1945 – das mächtigste Meinungsmonopol verkörpert, über das die aggressiven, extrem reaktionären Kräfte des deutschen Monopolkapitals niemals verfügt haben. Springer und mit ihm ein bedeutender Teil der Instrumente öffentlicher Information und Meinungsbildung in Westdeutschland – das ist das Synonym für eine Politik der Revanche und des kalten Krieges. Ihr Programm lautet: Aufrechterhaltung und Verschärfung der Spannungen um jeden Preis.

Unserer Partei geht es um die Entspannung. Es geht ihr um die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz auch und gerade in Deutschland. Es geht ihr um normale, sachliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Es geht ihr in diesen Zeichen um die Fortführung und Ausweitung des vor gut sieben Monaten begonnenen, seither an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten fortgesetzten offenen deutschen Gesprächs.

In diesem politischen Zusammenhang fügt sich auch der in Bitterfeld von Walter Ulbricht ausgesprochene Vorschlag eines Zeitungsaustausches ein. Als ein Teilbeitrag zur Entspannung sind jene elf Zellen der umfangreichen Rede zu verstehen, die in Bonn so ungeheurer viel Staub aufgewirbelt haben.

Mit unbeherrschbaren und unverbesserlichen Revanchisten läßt sich das deutsche Gespräch nicht führen. Wer – wie Springer und Leute seines Schlages – hetzt und verleumdet, wer den Export der Konterrevolution propagiert, wer diese politische Brunnenvergiftung mit dem Rezept der fünf B – Blut, Busen, Baby, Biest und Beten – zu würzen sucht, wer nach wie vor davon träumt, seine Pressedikatur auf den ersten deutschen Staat der Arbeiter und Bauern auszudehnen, der kann sich keine Chance ausrechnen, sein bedrucktes Papier an unseren Kiosken unter die Leute zu bringen. Sachliche Diskussion setzt bekanntlich einiges voraus. Dazu gehört ein gewisses Maß an Respektierung der Realität, es ist der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden, und es sollte das Bemühen vorhanden sein, einander zu verstehen und ungeschickt aller Meinungsgegensätze das Gemeinsame, das Einigende herauszufinden.

Ein statischer Prozentsatz der bundesdeutschen Kommunikationsmittel ist zu dieser sachlichen Aussprache außerstande. Die Schlüsselpositionen des Presse- und Meinungswesens in Westdeutschland – so die Nachrichtengeneratoren der Springer-Konzern und diverse Rundfunk- und Fernsehstationen – werden von den Ultra gehalten. Derartige Organe engagieren sich mehr oder minder prononciert auf den politischen Kurs, wie ihn das Kabinetts Erhard verfolgt. Doch der spätestens seit dem 13. August 1961 sich abzeichnende Differenzierungsprozeß bis in die westdeutsche Bourgeoisie findet mehr und mehr auch in kapitalistischen Publikationsorganen seinen Ausdruck. In der größten westdeutschen Illustrierten – dem in 1,5 Millionen Exemplaren verbreiteten „Hamburger Stern“ – verkündet der bürgerliche Publizist Sebastian Haflner Woche für Woche die Ideen der Entspannung und der friedlichen Koexistenz. In Westberlin distanzieren sich das „Spandauer Volksblatt“ immer deutlicher von der tonangebenden Frontstadt-Pressen. Bemerkenswerte Ansätze zu einer nonkonformistischen Politik finden sich in der „Frankfurter Rundschau“ und in einigen der SPD nahestehenden Provinzblätter. Die beiden größten und einflussreichsten Organe dieser nichtrevanchistischen, kapitalistischen Presse aber sind unstrittig die Wochenzeitung „Die Zeit“ und die täglich erscheinende „Süddeutsche Zeitung“.

Herausgeber und Mehrheitsaktionär der „Zeit“ ist der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gerd Bucerius. Er verlegt auch die Illustrierte „stern“. Die in mehr als 200 000 Exemplaren verbreitete „Zeit“ ist die größte und journalistisch am besten und niveauvollsten gemachte politische Wochenzeitung Westdeutschlands. Sie ist ein Organ der „Gebildeten“, einen beachtlichen Prozentsatz seiner Leserschaft findet in der Bourgeoisie und der Intelligenz. Zu ihren Mitarbeitern zählt „Die Zeit“ neben Berufsjournalisten auch mehrere Hochschullehrer (z. B. Prof. Eichenburg, Prof. Golo Mann) und Schriftsteller, die der Gruppe 47 nahesteht. Wer sich näher über den politischen Standort informieren möchte, der sei auf „Neues Deutschland“ vom 11. Juni 1964 verwiesen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ – Auflage: rund 200 000 Exemplare – bildet zusammen mit der „Welt“ und der „Frankfurter Allgemeinen“ die Gruppe der überregional verbreiteten Tageszeitungen für gebildete Angehörige. Sie ist zugleich die größte Münchener Lokalzeitung. Während ihre Konkurrenzorgane jedoch eindeutig auf Ultra-Kurs festgelegt sind, hat sich die

„Süddeutsche“ ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit bewahrt. Mehrfache Versuche der CDU/CSU, das Blatt gleichzuschalten, hatten keinen dauerhaften Erfolg. Auf Betreiben Strauß' wurde 1960 der Chefredakteur Werner Friedmann abgesetzt und wegen angeblicher Sittlichkeitsdelikte zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Friedmann – heute Herausgeber der Münchener „Abendzeitung“ – gehört jedoch nach wie vor zu den Mitbesitzern der „Süddeutschen Zeitung“. Mit dem Fortschreiten der Entspannungstendenzen in der Welt hat das Blatt zu seinem eigenständigen politischen Profil zurückgefunden.

Westdeutschlands Justizminister Buber räumte ein, daß Walter Ulbricht mit der Wahl der „Zeit“ und der „Süddeutschen“ einen „guten Geschmack“ bewiesen habe. Tatsächlich wären beide Organe ein annehmbares Äquivalent für die ungeheuerliche Verbreitung des „Neuen Deutschland“ in Westdeutschland. Doch gerade das ist es, was die Ultra fürchten. So scheiterte bislang der von Walter Ulbricht angelegte Zeitungsaustausch an der Ablehnung der „Harten von Bonn“, wie die „Zeit“ den Staatssekretär von Haase und seine Auftraggeber titulierte. Demnach achtet geht das deutsche Gespräch weiter.

Bildungssystem nicht einheitlich?

Lehrerstudenten des III. Studienjahres fragten, ob nicht durch die Einführung von Spezialschulen die Einheitlichkeit des sozialistischen Bildungssystems in Frage gestellt wird. Antwort erhalten wir von Dr. paed. Joachim Gehler.

Zunächst, so scheint mir, muß man sich klar werden, was denn unter „Einheitlichkeit“ zu verstehen ist. Im Entwurf der „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ wird als Aufgabe formuliert, allen Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Kräfte und Fähigkeiten voll

zu entfalten (vgl. „Grundsätze“, S. 16 – Deutsche Lehrerzeitung Nr. 18/1964). Das ist eine große Aufgabe, die von uns allen in Angriff zu nehmen ist. Sie kann aber nur verwirklicht werden, wenn allen Menschen der Zugang zu allen Bildungseinrichtungen grundsätzlich offen steht. Das ist die erste Bedingung eines einheitlichen Bildungssystems.

Einheitlichkeit heißt aber auch, daß es im Bildungsgang vom Kindergarten bis zur Universität keine schulorganisatorische Sackgasse gibt, das heißt der Übergang von einer Bildungseinrichtung zur nächst höheren muß inhaltlich (Bildungsziel, Methoden der Erziehung und Bildung) wie organisatorisch möglich sein.

Die Einheitlichkeit der Struktur bedingt, und das ist die dritte Bedingung, Einheitlichkeit im Aufbau und der Systematik der grundlegenden Bildungsinhalte.

Das ist, wenn man so sagen darf, die äußere Gestaltung. Dabei darf man unter Einheitlichkeit jedoch weder Gleichartigkeit noch Gleichförmigkeit verstehen. Das Leben unserer sozialistischen Gesellschaft ist sehr vielfältig. Wenn das sozialistische Bildungswesen den Anforderungen des Lebens gerecht werden soll, muß es seine Vielfältigkeit widerspiegeln.

Die Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Produktion, Kultur usw. geht in unserer Zeit in einem Tempo vor sich, daß es unmöglich ist, alles Wissen und Können, alle Fähigkeiten und Fertigkeiten in gleicher Weise allen zu lehren. Es kommt darauf an, die allgemeinen Grundlagen der Bildung zu vermitteln, die es dann gestattet, selbstständig weiter zu lernen. Es wird aber auch notwendig sein, um den Nachwuchs für bestimmte Gebiete des wissenschaftlichen, technischen, kulturellen usw. Lebens zu sichern, Spezialkenntnisse schon frühzeitig zu vermitteln. Diese Spezialschulen sind grundsätzlich allgemeinbildende Schulen, die nur bestimmte Gebiete erweitert und vertieft behandeln. Im Verhältnis zur Zahl der „normalen“ allgemeinbildenden Schulen werden diese Spezialschulen keineswegs einen besonders breiten Raum einnehmen. Sie fügen sich organisch in das System des einheitlichen Bildungswesens ein.

Vom Schulorganisatorischen her wird die Einheitlichkeit nicht liquidiert. Aber man muß noch einen weiteren Aspekt in Betracht ziehen. Die Einheitlichkeit des sozialistischen Bildungssystems erschöpft sich keineswegs in Strukturfragen. Der aufmerksame Leser der „Grundsätze“ wird bemerkt haben, daß der Teil I die entscheidenden inhaltlichen Grundsätze aller Erziehung und Bildung, gleich in welcher Form und auf welcher Stufe, beinhaltet.

Der entscheidende Grundsatz der sozialistischen Erziehung ist die Verbindung der produktiven Arbeit mit Unterricht und Erziehung, die Einheit von Bildungs- und Erziehungsprozeß. Ein Grundsatz, den Marx schon im „Kapital“ entwickelte. Es ist aber auch notwendig, bei der Bestimmung des Inhalts und des Aufbaus des Bildungswesens von den Anforderungen und Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft, besonders ihrer führenden Zweige, der Wissenschaft und des gesellschaftlichen Lebens auszugehen.

Und schließlich erfordert das sozialistische Bildungswesen ein hohes fachliches und pädagogisches Können und die Anwendung moderner Lehrmethoden, die von den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Psychologie, Pädagogik, Kybernetik usw. ausgehen müssen.

Diese Grundsätze sind für alle Formen und Stufen des Bildungswesens Grundlage der Erziehung- und Bildungsarbeit. Sie werden unterschiedliche zeitliche Ausdehnung und Akzentuierung entsprechend der Altersbesonderheiten erfahren. Aber sie müssen überall grundsätzliche Geltung haben. Sie tragen entscheidend zur Wahrung und Festigung der Einheitlichkeit des sozialistischen Bildungssystems bei.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Einheitlichkeit des sozialistischen Bildungssystems durch die Spezialschulen keineswegs gefährdet wird. Die „Grundsätze“ sind eine Weiterentwicklung und Vertiefung der bildungspolitischen Maßnahmen, die 1946 mit der Beseitigung der konfessionellen, sozialen und territorialen Zersplitterung des Schulwesens, der Demokratisierung der Hochschulen und Universitäten usw. begannen.

Ausscheidungen für Olympia – wann und wo?

Von mehreren Studenten verschiedener Fachrichtungen wurden wir nach Terminen für die Olympiascheidungen in einzelnen Sportarten gefragt.

Wir wandten uns um Auskunft an den Bezirksvorstand des DTSB. Hier die Zusammenstellung aller bisher feststehenden Ausscheidungswettkämpfe:

- Gewichtheben: 20. 6. Leipzig, Tarnen (Frauen): 27./28. 6. Wolfsburg, 18./19. 7. Schwerin, Rügen (klassisch): 1. 7. Zwickau, 4. 7. Hof oder Nürnberg, Fechten: 4./5. 7. Leipzig, 18./19. 7. Bad Dirchheim, Turnen (Männer): 4./5. 7. Essen, 25./26. 7. Magdeburg, Schießen: 4./7. 7. Leipzig, 31./7. 7. Wiesbaden und Dortmund, Radsport (Straßen): 5. 7. Gießen, 12. 7. Erfurt, Moderner Fünfkampf: 12./16. 7. Leipzig und Halle, 5./8. 8. Warendorf, Riegen (Freistil): 15. 7. Köln, 16. 7. Leipzig, Segeln: 19./26. 7. Warnemünde, 3./9. 8. Travemünde, Radsport (Bahn): 6. 8. Friesenbeim, 15. 8. Leipzig, Wasserspringen: 19./20. 8. Köln, 26./27. 8. Rostock, Schwim-

men: 21./23. 8. Magdeburg, 26./30. 8. Dortmund, Kanu: 22. 8. Magdeburg, 29. 8. Hannover, Leichtathletik: 22./23. 8. Westberlin, 29./30. 8. Jena.

VAR zum Sozialismus?

Studenten der Fachrichtungen Kunst- und Musikwissenschaften baten im Zusammenhang mit den Reden des Genossen Chruschtschow in der VAR über den „sozialistischen Weg der Entwicklung“ um Erläuterungen zur gegenwärtigen politischen Situation in der VAR.

Die Antwort erhielten wir von Dr. phil. Armin Börner:

Die nationale Befreiungsbewegung in den arabischen Staaten ist gegenwärtig in ein Stadium ihrer Entwicklung eingetreten, in dem die sozialen Fragen immer stärker in den Vordergrund treten. Die Frage des Aufbaus eines Staates der nationalen Demokratie und des Beschreitens des sozialistischen Entwicklungsweges tritt offen an die Regierungen heran und kann nicht mehr umgangen werden.

Für die neue Etappe sind die bedeutenden innenpolitischen Veränderungen, die in der VAR wenige Wochen vor dem Besuch Nikita Chruschtschows mit der Verkündung der Nationalversammlung, der Verfassung und der Umbildung der Regierungsorgane vor sich gegangen sind und eine Reihe von Anzeichen für eine weitere Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in sich tragen, kennzeichnend. Mit ihnen wird eine Entwicklung fortgesetzt, die die Nasser-Regierung im Juli 1961 mit der Verkündung einer Reihe von Dekreten einleitete und durch deren Verwirklichung erstmalig tiefgreifende sozialökonomische Veränderungen herbeigeführt wurden.

Im Mittelpunkt stand die Bildung eines starken staatlichen Sektors in der Wirtschaft. Sämtliche Banken, Versicherungsgesellschaften und großen Industrieunternehmen, die Handelsflotte und das Verkehrswesen wurden verstaatlicht. Nach amtlichen Angaben kontrolliert der Staat seitdem 85 Prozent der Industrieproduktion, nachdem durch die antimonopolistischen Maßnahmen zwischen 1956 und 1960 der herrschende Einfluß des ausländischen Kapitals gebrochen worden war, beseitigten diese Maßnahmen die ökonomische Basis der ägyptischen Großbourgeoisie und weitgehend auch der Mittelbourgeoisie. Die VAR-Regierung beschränkte die Positionen des feudalen Großgrundbesitzes beträchtlich. Die obere Grenze des Bodenbesitzes wurden auf 100 Feddan (1 Feddan = 0,42 ha) herabgesetzt.

Diesen Maßnahmen parallel ging eine Serie von Verordnungen, die auf eine Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen gerichtet waren (Sozialversicherung eingeführt, Schul- und Hochschulunterricht gebührenfrei, Mieten verbilligt, 7-Stunden-Tag verordnet, Mindestlohn erhöht).

Mit Hilfe weiterer Verstaatlichungsmaßnahmen im November 1961, nach der Loslösung Syriens von der VAR, sowie im Jahre 1963 wurden weitere 400 Firmen und Gesellschaften der Kontrolle des Staates unterstellt. Er kontrolliert seitdem die gesamte Schwer- und beträchtliche Teile der Leichtindustrie, des Außen- und des Binnenhandels. Der staatliche Sektor übernahm gemäß den Märzdekreten dieses Jahres weitere elf Import- und Exportgesellschaften, 119 Baugesellschaften und 68 Privatkrankenhäuser.

Durch die Dialektik der Entwicklung auf einen objektiv progressiven Weg gedrängt, führte die VAR-Regierung seit dem Juli 1961 große strukturelle Umgestaltungen herbei, die die Grenzen der „traditionellen kapitalistischen“ Entwicklung weit überschreiten. Es gibt gegenwärtig keinen anderen nichtsozialistischen arabischen und asiatischen Staat, in dem die Verstaatlichung der Wirtschaft einen so hohen Grad erreicht wie in der VAR. Natürlich bietet das Vorhandensein eines starken staatlichen Sektors allein noch keine Garantie für eine progressive Entwicklung. Entscheidend dafür ist das innere Klassenverhältnis, ist der Charakter der politischen Macht.

Auch in dieser Hinsicht haben sich besonders seit 1961 bedeutende Veränderungen in der VAR vollzogen. Die Auseinandersetzungen mit der inneren und äußeren Reaktion ließen die herrschenden Kleinbourgeoisien Kräfte unter Führung Nassers zu der Erkenntnis gelangen, daß sie zur Sicherung ihrer Macht eine organisierte Massenbasis benötigen, die sie durch eine gewisse Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen versuchen. Unter diesem Aspekt wurde die Einberufung des „Nationalkongresses der Volkskräfte“, in dem von den Arbeitern und Bauern bis zu den Vertretern des nationalen Kapitals alle Bevölkerungsschichten vertreten waren und in dem die Arbeiter und Bauern einen Mindestanteil von 50 Prozent zugesichert erhielten. Hierzu gehört die Verkündung der „Nationalcharta“ durch Präsident Nasser am 24. Mai 1962, die einen Abriss der Entwicklung gibt und auf den besonderen Weg des „arabischen Sozialismus“ hinweist.

Es ist kennzeichnend für die gewaltige Anziehungskraft des Sozialismus, daß die im nationalen Befreiungskampf geschulten Offiziere ihr fortschrittliches Aktionsprogramm im Namen des Sozialismus verkündeten und auf ihre Fahne Prinzipien schreiben wie die „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Die „Nationalcharta“ setzte u. a.

die Durchführung von Wahlen für das Parlament und die Ausarbeitung einer Verfassung fest und formulierte Inhalt und Organisationsform der sogenannten „Arabischen Sozialistischen Union“, die ohne eine Partei und damit die Vertreterin einer Klasse zu sein, die führende politische Organisation werden und die Arbeiter und Bauern, die nationale Intelligenz und die Vertreter des nationalen Kapitals erfassen soll.

In diesem Sinne sind nicht zuletzt auch die Gesetze über die Freilassung der politischen Gefangenen zu verstehen, die ohne Urteil inhaftiert wurden – Gesetze, die ihnen das Recht einräumen, aktiv an der Entwicklung des Landes mitzuarbeiten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die VAR seit den Verstaatlichungsgesetzen des Jahres 1961 den nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen hat und daß sich seit den Märzdekreten 1964 auch die der nichtkapitalistischen Basis adäquate nationaldemokratische Regierungsform abzeichnen beginnt.

Begabung - ja oder nein?

An der Philosophischen Fakultät tauchte bei der Diskussion von Lehrerstudenten um die „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ die Frage nach unserer Auffassung von Wesen und Entwicklung der Begabung auf.

Dr. paed. Lothar Fischer antwortete:

Die wissenschaftlich-technische Revolution und das Streben unseres Volkes zur gebildeten Nation machen es notwendig, das Bildungsniveau aller Menschen bedeutend zu heben. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem trägt dieser Zielsetzung Rechnung, indem es allen Menschen unserer Republik die Möglichkeit bietet, ihre Fähigkeiten und Begabungen voll zu entwickeln. Es gewährleistet jedem Jungen und jedem Mädchen eine volle Ober- und Hochschulbildung und schafft damit die Voraussetzung für einen hohen Bildungsstand des gesamten Volkes.

Der Entwurf der „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ weist aber auch darauf hin, der Entwicklung spezieller Fähigkeiten und Begabungen große Aufmerksamkeit zu widmen: „Auf allen Stufen des Bildungswesens sind gemäß dem Leistungsprinzip die Begabten besonders zu fördern. Durch differenzierte Förderung im Unterricht, durch ein System des fakultativen Unterrichts sowie durch Arbeitsgemeinschaften, Zirkel, Klubs, Kurse, Olympiaden, wissenschaftliche Wettbewerbe, Leistungsschauen, durch ein reges geistiges und kulturelles Leben sind besondere Fähigkeiten und Begabungen der Schüler, Lehrlinge, Werkstätten und Studenten zu entwickeln.“

Darüber hinaus machen sich auch Veränderungen in der Struktur des Bildungswesens notwendig. Die Erfordernisse der Produktion, der Wissenschaft, der Kultur und des Sports verlangen, die Bildungswege und Ausbildungsformen so zu differenzieren, daß möglichst frühzeitig damit begonnen werden kann, besondere Begabungen und Talente zu fördern. Diesem Zweck dienen vor allem die Spezialschulen und -klassen. In den Spezialschulen bzw. Spezialklassen werden besonders begabte und talentierte Schüler auf hochqualifizierte Facharbeiterberufe der führenden Zweige der Volkswirtschaft sowie auf die Arbeit in den Bereichen der Wissenschaft und Kultur vorbereitet. Neben der Weiterentwicklung der Schulen mit erweitertem Fremdsprachenunterricht, der Schulen mit Betonung musischer Fächer, der Kinder- und Jugendsportstätten ist es jetzt vorrangige Aufgabe, Spezialschulen bzw. Spezialklassen technischer Richtung und für bestimmte Wissensgebiete, besonders für Mathematik, aufzubauen.

Die Spezialschulen sowie andere Formen der Begabtenförderung in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat unterscheiden sich grundsätzlich von allen Arten der Begabtenauslese in kapitalistischen Staaten. Die Begabtenauslese, wie sie z. B. in Westdeutschland betrieben wird, beruht auf reaktionären Begabentheorien, deren Wesen darin besteht, daß sie Fähigkeiten und Begabungen hauptsächlich erbgebunden betrachten und die Behauptung aufstellen, daß die Begabungen im Volk entsprechend der „Sozialpyramide“ der Klassengesellschaft verteilt seien. Das beste Begabungspotential habe die herrschende Klasse, während die Arbeiter und Bauern – biologisch bedingt – mit einer minderen Begabung ausgestattet seien. Diese Theorien sind Stützpfiler für die Aufrechterhaltung des Bildungsmonopols.

In unserer Republik ist das Bildungsmonopol der Ausbeuterklassen endgültig gebrochen. Das sozialistische Bildungswesen, die Praxis des sozialistischen Aufbaus haben hinlänglich bewiesen, daß Begabungen nicht für ewige Zeit an bestimmte Klassen gebunden sind, sondern daß mit der Beseitigung der kapitalistischen Bildungsstrukturen unerschöpfliche Begabungsreserven des ganzen Volkes freigelegt werden.

Vor allem dieses Charakteristikum der wissenschaftlichen Auffassung vom Wesen und von der Entwicklung der Begabung, die der Begabtenförderung im sozialistischen Bildungswesen zugrunde liegt, macht deutlich, daß der Aufbau von Spezialschulen in unserer Republik nichts mit der reaktionären bürgerlichen Begabentheorie gemein hat.

Wenn Sie Fragen haben, schreiben Sie der UZI!